

Das GKV-Spargesetz gefährdet die Krankenhausversorgung – Berliner Krankenhäuser sagen, was sich jetzt ändern muss:

1. Versicherungsfremde Leistungen dürfen nicht aus Beitragsmitteln finanziert werden
Gesetzlich Versicherte finanzieren bereits heute jährlich rund 12 Milliarden Euro für Bürgergeldempfänger und ihre Angehörigen, weil der Bund die Beiträge nicht kostendeckend übernimmt.

→ **Versicherungsfremde Leistungen müssen gesamtgesellschaftlich und nicht aus GKV-Beiträgen finanziert werden.**

2. Bürokratielast und kostentreibende Strukturvorgaben reduzieren

Schon heute verbringen ärztliches und pflegerisches Personal drei Stunden täglich mit Dokumentationen. Statt sie zu reduzieren, bringt das Sparpaket mehr Bürokratie. Die Ursache der hohen Kosten liegt in den Bürokratie- und in Strukturvorgaben. Krankenhäuser können wirtschaftlicher arbeiten, wenn die vielen unsinnigen Vorschriften ersatzlos gestrichen werden. Die gemachten Vorschläge dazu müssen jetzt umgesetzt werden.

→ **Bürokratielast und kostentreibende Strukturvorgaben müssen abgebaut werden.**

3. Tarifsteigerungen müssen vollständig refinanziert werden

Die geplante Abschaffung bzw. Halbierung des Tariflohnausgleichs belastet Krankenhäuser massiv und sendet ein falsches Signal an die Beschäftigten. Wer Tarifbindung und verbindliche Personalvorgaben anordnet, muss auch die daraus entstehenden Kosten vollständig finanzieren.

→ **Die volle Tarifkostenrefinanzierung muss erhalten bleiben.**

4. Keine Entkopplung von Kostenentwicklung und Vergütung

Die einseitige Anbindung der Krankenhäuser an der jeweils niedrigeren Veränderungsrate oder dem Orientierungswert führt zu einer Entkopplung von Kostenentwicklung und Vergütung, destabilisiert die Krankenhausfinanzierung und ist eine falsche Sparmaßnahme zulasten der Kliniken. Allgemeine Preisentwicklungen können durch die Veränderungsrate maximal als befristeter Sparbeitrag begrenzt werden, wenn die Kliniken Gestaltungsspielräume für Kostensenkungen erhalten und die Tarifraten vollständig erhalten bleibt.

→ **Die starre Deckelung der Krankenhausvergütung ohne Gestaltungsspielräume für Kostensenkungen und Tarifraten muss verhindert werden.**

5. Statt Kahlschlag bei der Pflege, Pflegebudget maßvoll weiterentwickeln

Steigende Löhne, strukturelle Veränderungen und reale Mehrbedarfe sollen künftig nicht mehr im Pflegebudget abgebildet werden. Dies konterkariert die aktuelle Krankenhausreform und gefährdet die Pflege.

→ **Statt Kahlschlag sollte das Pflegebudget maßvoll weiterentwickelt werden.**

Fazit:

Das GKV-Spargesetz löst keine strukturellen Probleme, sondern verschärft die wirtschaftliche Krise der Krankenhäuser. Die Kürzungsmaßnahmen setzen nicht an den Ursachen der Ausgaben- und Kostenentwicklung an und ignorieren die Herausforderungen der Krankenhausstrukturreform. Wer eine stabile und leistungsfähige Gesundheitsversorgung sichern will, muss Krankenhäuser verlässlich finanzieren, statt zusätzliche Belastungen aufzubauen.